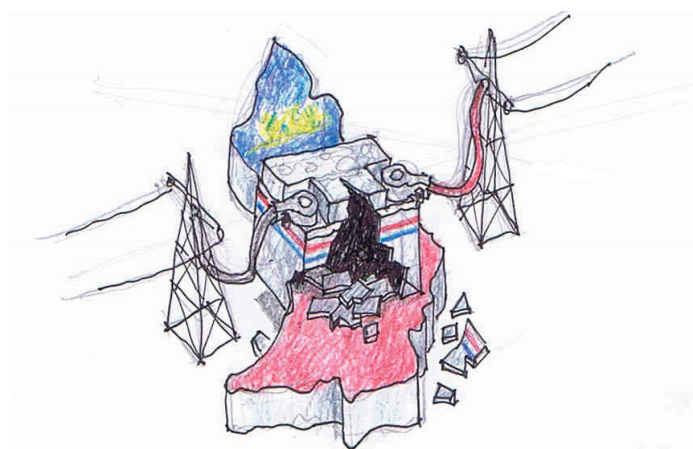


Wie sicher ist unsere Stromversorgung?

Was passiert bei einem länger andauernden Stromausfall, dessen Wahrscheinlichkeit in den kommenden Jahren kontinuierlich zunehmen wird? Die DpL hat in einem Postulat die Regierung aufgefordert, die Konsequenzen für Bevölkerung und Wirtschaft bei verschiedenen Stromengpässen aufzuzeigen. Eins ist jetzt schon klar: Liechtenstein muss sich besser wappnen, damit bei einer Strommangellage die Lichter in Liechtenstein nicht ausgehen. Es ist Zeit, anstatt über eine Rheinaufweitung über Rheinkraftwerke, Windräder und Solaranlagen zu diskutieren. **Seite 4**



Loch in der Stromversorgung

Corona: Was Sie wissen müssen

Das Thema «Corona» begleitet uns nun schon fast zwei Jahre. Wussten wir am Anfang über die Gefährlichkeit des Virus, die Übertragungswege und wirksame Schutzmassnahmen recht wenig, liegen nun zu diesen Themen gesicherte Erkenntnisse vor. Eine Zusammenfassung mit Quellenangaben finden Sie ab **Seite 9**.

Radio L ist seit Jahren ein Fass ohne Boden

Beinahe jährlich braucht das Radio L Nachtragskredite, weil 2,33 Mio. nicht reichen. Wir machen auf **Seite 2** die Zu- und Missstände beim Radio transparent und fordern einmal mehr die Privatisierung des Akustikmediums. Weil der Landtag völlig zahnlos ist, werden Finanzspritzen aber weiterhin in dieses Fass ohne Boden geimpft. Für sinkende Werbeeinnahmen und erhöhte Akquisitionskosten wird die Coronakrise herbeigezogen, um eigenes Unvermögen zu kaschieren.

Staatsapparat wird weiter aufgebläht

Liechtenstein muss trotz vorhandenen hohen Staatsreserven weiterhin Sorge zu seinem Staatshaushalt tragen. Was im Moment abgeht, ist eine Aufblähung des Staatsapparats sondergleichen. Innerhalb von nur drei Jahren wird dieser um weitere 121 Stellen aufgeblasen. Und keiner – ausser der DpL – schaut hin. Sorgfältiger Umgang mit Steuergeldern sieht jedoch anders aus! Lesen Sie mehr dazu auf **Seite 3**.

Zu hoher Preis für Reisepass & ID

In der Schweiz erhält die Bevölkerung für 150 Franken Reisepass und Identitätskarte. Liechtensteiner zahlen 167% mehr für das Gleiche, seit die Regierung die Preise im Rahmen der Sparbemühungen angepasst hat. Nach der Sanierung des Staatshaushalts wurde der Bevölkerung nichts zurückgegeben. Die Demokraten pro Liechtenstein verlangen daher in einer Motion eine Gesetzesänderung, die dem Landtag die Kompetenz erteilt, Gebühren für Reisedokumente in Zukunft selber festzulegen und in diesem Fall auf Schweizer Niveau anzupassen. **Seite 5**

Hat die Generation 60+ den Zukunftsglauben der Jugend verbaut?

Was trägt die Jugend noch in Zeiten von Coronapandemie und Klimakrise? Norbert Obermayr geht ab **Seite 6** auch der Tatsache nach, dass diese Themen unsere Gesellschaft gespalten haben und sich irreparable Schäden bilden. Zudem weist er auf den Verlust von Ethik in der westlichen Welt hin. Sein Fazit: Nur eine hohe Ethik kann die Freiheit und die Grundrechte aller Menschen gewährleisten und für die Jugend wieder eine unbeschwernte Zeit zurückbringen.

Gemeinde Eschen: Rechnungsstellung nach mehr als drei Jahrzehnten!

Kürzlich verschickte die Gemeinde Eschen Rechnungen für Bauland-Erschliessungen, die vor mehr als drei Jahrzehnten abgeschlossen wurden. Solche Forderungen sind möglicherweise verjährt. Auf der anderen Seite kommt die Gemeinde mit der Erschliessung von baureifen Grundstücken nicht vom Fleck, angeblich wegen fehlender finanzieller Mittel, was der VGH jedoch als keinen stichhaltigen Grund ansieht. Lesen Sie mehr dazu im «transparent» auf **Seite 8**.

Radio L: «Ein Fass ohne Boden»

Von Erich Hasler

Bereits 2017 bezeichnete ich in einem Artikel Radio L als «Fass ohne Boden». Damals schrieb ich: «Seit der ‚selbstlosen‘ Übernahme von Radio L durch die Regierung Otmar Hasler von Parteifreund und -sponsor Peter Ritter 2003 für fabelhafte CHF 3,1 Mio. wurden gesamthaft schätzungsweise gegen CHF 30 Millionen in das Radio gesteckt. Jährlich werden es mehr!»

Übliche Nachtragskredite

Lag der Staatsbeitrag im Jahr 2016 noch bei CHF 1,6 Mio. pro Jahr, stieg dieser mittlerweile auf CHF 2,33 Mio. an, allerdings ohne Investitionskostenbeiträge und die fast schon üblichen Nachtragskredite.

Statt Unabhängigkeit am Tropf des Staates hängend

Es gehört schon zum guten Ritual, dass das Radio L mindestens einmal pro Jahr beim Landtag für einen Nachtragskredit anklopft. Und die Abgeordneten der beiden Regierungsparteien winden sich zwar und drohen, dass dies nun das letzte Mal sei, winken am Schluss den Kredit jeweils durch. Auch dieses Jahr war dies nicht anders. Einzig die DpL-Abgeordneten verlangen schon seit Jahren, dass das Radio privatisiert wird. Die Leistungen, die das Land von einem Radio gerne hätte, könnten dann ausgeschrieben und mittels eines Leistungsauftrags abgegolten werden.

Bis 2017 verlockte das Land bereits ca. CHF 30 Mio. in das eigene «Staatsradio», das von sich selber behauptet, dass es unabhängig sei, in Wahrheit aber am Tropf des Staates und der Regierung hängt. Von Unabhängigkeit keine Spur.

Ausschüttungen von Steuergeldern ohne Ende

Seit 2017 sind vom Land nun weitere CHF 13 Mio. Steuergelder in das Fass ohne Boden geschüttet worden. Ein Ende ist nicht absehbar.

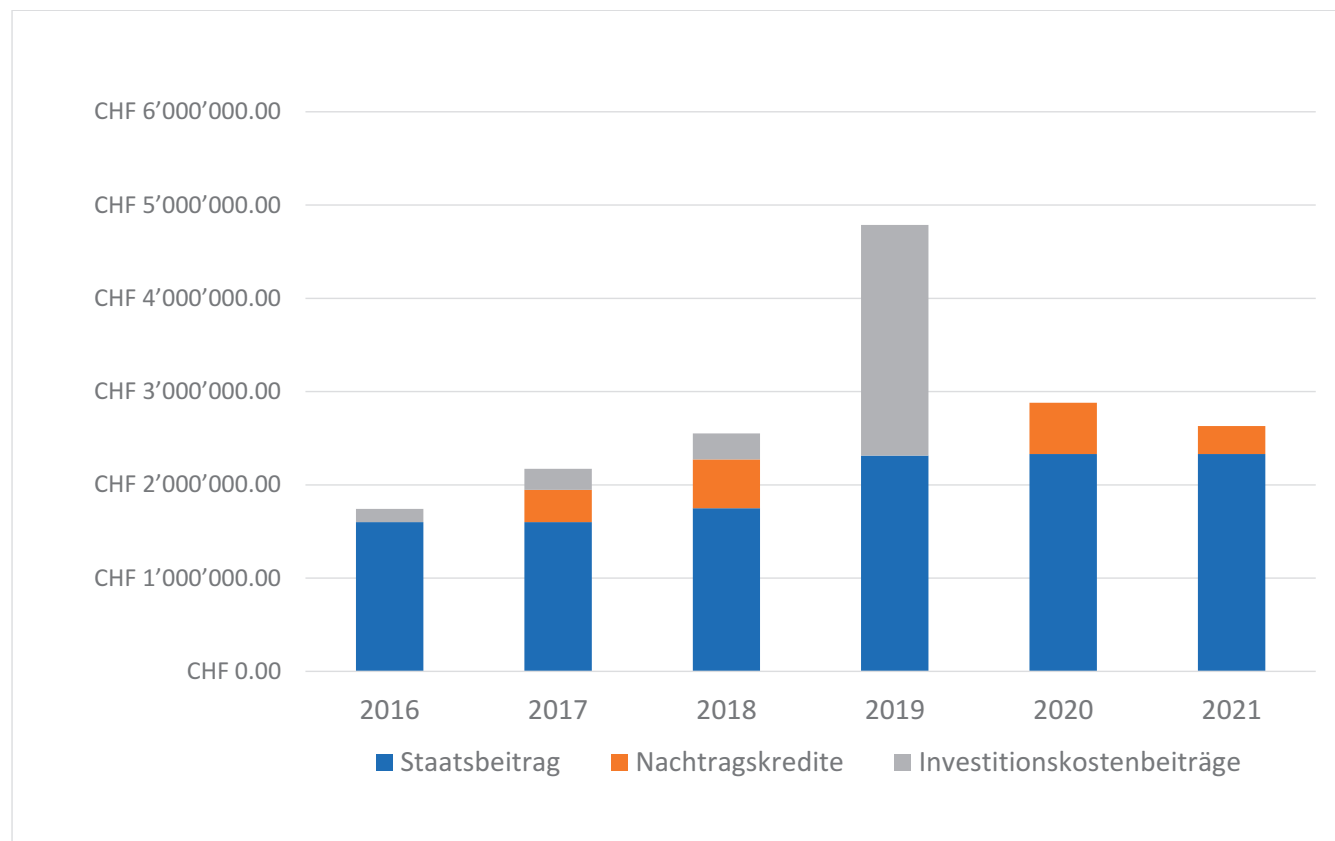
Vor zwei Jahren wurde der damalige Geschäftsführer Matter von der Radio-L-Führung nach wenigen Monaten entlassen, u.a. weil sich die Werbeeinnahmen nicht so entwickelten, wie sich der Radio-L-Verwaltungsrat dies vorstellte. Heute

Covid-Krise soll schuld sein

liegen die Werbeeinnahmen gerade noch bei ungefähr CHF 750'000.– pro Jahr und damit 25% unter dem Ertrag von 2019. Die Akquisitionskosten machen dabei mehr als 60% aus. Ineffizienter geht wohl nicht mehr! Die Schuld an der Misere wird jetzt der Covid-Krise zugeschrieben, um vom eigenen Unvermögen abzulenken.

DpL sieht Privatisierung als einzige Alternative

Die DpL-Abgeordneten verlangen nun schon seit Jahren eine Privatisierung des Radio L. Das ist der einzig mögliche Weg, um endlich einen Deckel auf dieses Fass zu nageln. •



Wenn bei Radio L unterdessen die Akquisitionskosten für die Werbung 60 Prozent ausmachen, dann muss die Gretchenfrage gestellt und die Zukunft kritisch betrachtet werden.

Wachstum – aber vor allem bei den Ausgaben...

Von Thomas Rehak

Die Regierung schreibt im Regierungsprogramm, dass Kostenbewusstsein und ein sorgsamer Umgang mit den Staatsfinanzen zentral seien. Das Budget 2022 zeigt ein ganz anderes Bild.

Um weitere 121 Stellen mehr aufgebläht

Der Staatsapparat wird auch im Jahr 2022 weiter aufgebläht. Schon im 2021 wurden 40 neue Stellen geschaffen. Für das Jahr 2022 kommen nun weitere 30 Stellen hinzu, damit wird der Staatsapparat in der Periode von 2019 bis

Dieses Wachstum übersteigt das vertretbare Mass für unseren Staat

Ende 2022 um 121 Stellen angewachsen sein. Allein die Personalkosten werden in diesem Zeitraum von vier Jahren von CHF 213 Mio. um 14,5% auf CHF 244 Mio. anwachsen. Dieses Wachstum liegt weit über dem Wirtschaftswachstum und übersteigt das vertretbare Mass für unseren Staat, zumal die Finanzplanung bis 2025 gerade noch von einem jährlichen Wachstum von 2,5 Stellen ausgeht, was angesichts der bisherigen Erfahrungen absolut unrealistisch ist.

13,5% Ausgabenwachstum innert vier Jahren

Im Jahr 2018 lagen die gesamten betrieblichen Aufwände noch bei CHF 800 Mio. Für das Jahr 2022 plant die Regierung mit einem betrieblichen Aufwand von CHF 900 Mio. Das entspricht einem Ausgabenwachstum von CHF 105 Mio. oder 13,5% in vier Jahren. Auf der Einnahmenseite plant die Regierung für 2022 mit Erträgen aus betrieblicher Tätigkeit von CHF 845 Mio. Knapp 5% davon (40 Mio.) sollen die Casinos einbringen. Das geplante betriebliche Defizit soll gemäss Finanzplan insgesamt CHF 50 Mio. betragen.

Schlechtes Börsenjahr würde Loch in die Kasse reissen

Damit ist leicht erkennbar, dass die 40 Mio. der Casinos längst ausgegeben wurden und der Staat auf den Finanz-

Der Staat ist auf den Finanzertrag der Reserven angewiesen

ertrag der Reserven von geplanten CHF 103 Mio. angewiesen ist. Sollte sich etwa in den kommenden Jahren zum Beispiel ein schlechtes Börsenjahr einstellen, werden wir

sogleich ein grosses Loch in der Kasse haben, und der Staat muss sich dann um neue Einnahmen bemühen oder wieder auf Sparen umstellen.

Budget 2022: Die Ausgaben wachsen munter weiter

Mit dem von der Regierung vorgelegten Kostenwachstumsplan wird es in der Zukunft eine grössere Herausforderung, neue Aufgaben zu bewältigen und zukünftige Ausgaben zu finanzieren. Zwar haben wir in den vergangenen Jahren auch Potenzial zum Sparen geschaffen, aber auch die Re-

Kostenwachstumsplan generiert grössere Herausforderungen für die Zukunft

duktion dieser Beiträge wird unseren Staatshaushalt nicht sanieren können. So wurde zum Beispiel der Staatsbeitrag von Radio L von CHF 1,5 Mio. auf CHF 2,33 Mio. pro Jahr erhöht, oder auch die Finanzierung der Uni wurde von CHF 13,8 auf CHF 15,3 Mio. pro Jahr nach oben angepasst.

Kosten-Nutzen-Frage muss häufiger gestellt werden

Neben diesen zwei Beispielen gibt es eine ganze Reihe anderer Beiträge, die ohne grossen Nutzen für die breite Bevölkerung nach oben angepasst wurden, die nach meiner Auffassung auch wieder zurückgestuft werden könnten. Auch im Budget 2022 wachsen die Ausgaben munter weiter. So wurde zum Beispiel der Beitrag an die Cipra um 40% von CHF 500'000 auf 700'000 nach oben angepasst. Auch das Kunstmuseum soll neu CHF 4,1 Mio. anstatt wie bisher CHF 3,9 Mio. erhalten.

Liechtenstein ist auf Reserven angewiesen

Solange der Staat Mittel zur Verfügung hat, werden sie auch verteilt. Selbstverständlich kann man sich darüber unterhalten, wo das Geld am effizientesten eingesetzt ist. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass gerade Liechtenstein besonders

Es gilt trotz hoher Staatsreserven Sorge zum Staatshaushalt zu tragen

in herausfordernden Zeiten auf Reserven angewiesen ist. Deshalb gilt es trotz hohen Staatsreserven weiterhin Sorge zu unserem Staatshaushalt zu tragen. Dies war und ist ein wichtiges Anliegen der Demokraten pro Liechtenstein. •

Für mehr Sicherheit in der Stromversorgung

Von Thomas Rehak

Immer wieder warnen Experten vor einer Stromknappheit im Winter. Eine Studie des Bundesamtes für Energie warnt vor einem 47-Stunden-Ausfall, im Extremfall sogar von einem, der bis zu 500 Stunden dauern könnte. Die Schweiz prüft aufgrund dieser Szenarien nun den Bau von bis zu 2000 dezentralen Gaskraftwerken. Zudem werden auch Stimmen laut, die für die langfristige sichere Stromversorgung den Bau neuer AKWs in der Schweiz fordern. Diesen Weg beschreitet bereits Polen. Und auch Grossbritannien setzt auf AKWs, um den CO₂-Ausstoss bis 2050 auf null zu reduzieren.

Der Eigenversorgungsgrad mit Strom liegt in Liechtenstein übers Jahr gesehen bei ca. 25%. Im Winterhalbjahr liegt dieser noch bedeutend tiefer. Auf den gesamten Energieverbrauch bezogen liegt der Eigenversorgungsgrad bei sehr bescheidenen 13 Prozent.

Extrem grosse Abhängigkeit vom Ausland

Dies zeigt die extrem grosse Abhängigkeit unserer Strom- und Energieversorgung vom Ausland. Damit würde uns eine Stromknappheit in der Schweiz und in Europa mit voller Härte treffen. Die Auswirkungen einer länger andauernden Stromknappheit wären für Liechtenstein mit seinen überdurchschnittlich vielen Arbeitsplätzen gross. Zwar wird das Land zur Hauptsache von der Schweiz mit Strom versorgt, allerdings fehlen klare vertragliche Abmachungen. Wie jüngst berichtet wurde, möchte die Regierung deshalb einen

Regierung möchte einen Staatsvertrag mit der Schweiz abschliessen

Staatsvertrag mit der Schweiz abschliessen. Allerdings ist nicht klar, was Liechtenstein als Gegenleistung zu bieten hat. Die Schweizer Wasserkraft allein kann die Schweiz über zwei Wochen versorgen.

Alles stark von Strom-Verfügbarkeit abhängig

Liechtenstein sollte sich ebenfalls Gedanken machen, wie eine eventuelle Strommangellage während eines Zeitraums von ein bis zwei Wochen überstanden werden könnte. Mit einem Photovoltaik-Ausbau allein können wir diesem Problem nicht begegnen. Wie viel Strom Solaranlagen liefern, ist stark wetterabhängig. Dies wird gerade im Winter zum Problem. Unsere Gesellschaft und Wirtschaft ist extrem stark von der Verfügbarkeit von elektrischer Energie abhängig.

Strombedarf wird in Zukunft erheblich ansteigen

Diese Abhängigkeit wird sich in den kommenden Jahren noch um einiges weiter erhöhen. Besonders durch den Umbau der Mobilität (Elektroautos) und der Gebäudeheizungen (Wärmepumpen) wird der Strombedarf in der nahen Zukunft erheblich ansteigen. Auch das zu erwartende Wirtschaftswachstum wird einen zusätzlichen Energiebedarf zur Folge haben.

Verschiedene Engpassszenarien möglich

Im Weiteren steigt die Unsicherheit bezüglich Stromimporten aus dem Ausland. Es muss damit gerechnet werden, dass die Nachbarn keinen Strom liefern, wenn sie ihn selbst dringend brauchen; auch mit Lieferverträgen kann nicht jedes Szenario abgesichert werden. Exportstopps haben wir vor ein paar Monaten auch unter europäischen Nachbarstaaten während den Anfängen der Covid-Krise gesehen.

Landtag gerät bezüglich Lösungen selber unter Strom

Aus diesen Gründen soll der Landtag nun die Regierung beauftragen, die Risiken einer Stromknappheit und eines Strom-Blackouts und Möglichkeiten zur Erhöhung der

Landtag soll der Regierung Aufträge zur Erhöhung der Eigenversorgung erteilen

Stromeigenproduktion im Inland aufzuzeigen. Dies, damit das Volk und der Landtag die bestehenden Risiken kennt, sich besser auf eine mögliche Stromknappheit einstellen kann, und damit der Landtag der Regierung Aufträge zur Erhöhung der Eigenversorgung erteilen kann.

Landtag muss Szenarien zur Energiesicherung zeigen

Selbstverständlich wird eine Erhöhung des Eigenversorgungsgrads und eine höhere Netzsicherheit mit sauberer Energie Kosten zur Folge haben. Deshalb soll die Regierung möglichst alle realistischen Varianten beleuchten und die

Eckwerte betreffend Rheinkraftwerke aktualisieren und auch Windkraft einberechnen

Kosten mittels grober Schätzungen dem Landtag zur Kenntnis bringen. Dabei soll die Regierung Szenarien zur kurz-, mittel- und langfristigen Sicherung der Energieversorgung aufzeigen.

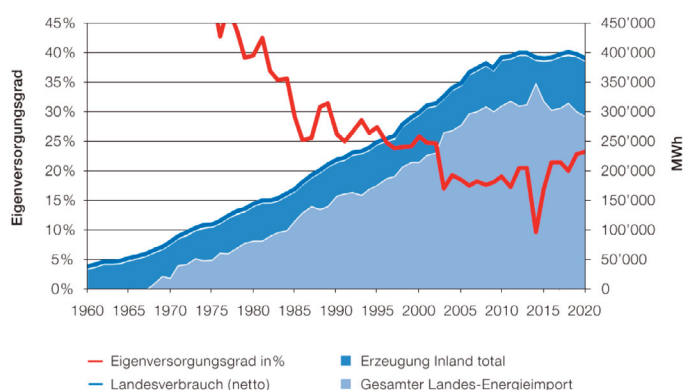
Potenzial von Windkraft berechnen lassen

Um das Ziel einer besseren Eigenversorgung zu erreichen, soll die Regierung die Eckwerte des ehemaligen Projekts von Motor Columbus (Rheinkraftwerke) aktualisieren und abklären, inwieweit die Rheinkraftwerke die Eigenversorgungssicherheit in Liechtenstein positiv beeinflussen würden. Und

Die zunehmenden Risiken einer Stromknappheit müssen adäquat erkannt werden

auch, wie sich mit diesen Kraftwerken die Versorgungsrisiken minimieren liessen. Zusätzlich sollen die Ausbaumöglichkeiten mit Windkraft neu bewertet und dargelegt werden. Dabei soll die Regierung Klarheit schaffen, wie hoch das Potenzial von Windkraft ist und wo solche Anlagen zu bauen wären.

Landesverbrauch und Eigenversorgungsgrad 1960–2020



Saubere Energiequellen zeitnah erheblich ausbauen

Um unsere Energieversorgung belastbarer abzusichern, werden wir in naher Zukunft tätig werden müssen. Nur so können wir den allseits grösser werdenden Risiken einer Stromknappheit begegnen. Nach meiner Auffassung müssen wir unsere Eigenversorgung mit sauberen Energiequellen im Inland zeitnah erheblich ausbauen.

Souveränität und Unabhängigkeit sichern

Mit diesen Investitionen sichern wir für die Zukunft das Wohl der Allgemeinheit, unsere Einwohner, den Wirtschaftsstandort Liechtenstein, aber auch die Souveränität und Unabhängigkeit unseres Staates. •

transparent • IMPRESSUM

Auflage: 19'300 Expl.

Redaktion: Dr. Erich Hasler

Produktion/Lektorat/Abschlussredaktion: Max Fischer

Druck: Gutenberg AG, Schaan

Kontakt: Demokraten pro Liechtenstein,

Peter-Kaiser-Platz 3, 9490 Vaduz

www.dpl.li – dpl@dpl.li

FL-Pass: Ein teurer Spass!

Von Pascal Ospelt

Gemäss bestehender Gesetzeslage legt die Liechtensteiner Regierung in der Verordnung über die Erhebung von Gebühren nach dem Heimatschriften-gesetz die Kosten für Reisedokumente fest. Der Landtag hat demnach keinen direkten Einfluss auf diese von der Regierung festgelegten Gebühren.

Im Rahmen der Haushaltsanierung wurden diese für einen Reisepass von 150 auf 250 CHF erhöht, was einen Aufschlag von 66% für Erwachsene bedeutet. Der Preis für Identitätskarten wurde von 80 auf 150 CHF erhöht. Dies kommt einem Aufschlag von 87% gleich!

Diverse kleine Anfragen sind bereits getätigt worden

Die Regierung begründete diesen Aufschlag mit den hohen Produktionskosten und den geringen Stückzahlen.

Liechtensteiner zahlen für ID und Pass 167% mehr als Schweizer

Zum Thema Reisedokumente und dessen hohen Kosten hat es schon diverse kleine Anfragen gegeben. Es wurde festgestellt, dass die Kosten für Reisedokumente übermässig hoch sind im Vergleich zu den Nachbarstaaten. Reisepass und Identitätskarte erhält man in der Schweiz, sofern gleichzeitig bestellt, für 150 Franken. Liechtensteiner zahlen also für Reisepass und Identitätskarte 167% mehr als Personen jenseits des Rheins. Mit dem Gebührenmodell analog der Schweiz müsste das Land mit jährlichen Mehrkosten von CHF 250'000.– rechnen.

Regierung hat Mühe mit finanziellen Entlastungen

Es erstaunt immer wieder, wie schwer sich unsere Regierung tut, wenn es darum geht, die liechtensteinische Bevölkerung finanziell etwas zu entlasten. Es sollen keine falschen Zeichen gesetzt oder Begehrlichkeiten geweckt werden und ja kein "Giesskannenprinzip" geschaffen werden, so die Regierung. Auf der anderen Seite wird das Staatsradio bald jedes Jahr mit Nachtragskrediten in einer Höhe beglückt, die es ermöglichen würde, die Kosten für die Reisedokumente mindestens auf das Niveau der Schweiz abzusenken.

DpL-Motion für Landtag-Kompetenzerteilung

Aus diesem Grund werden die Demokraten pro Liechtenstein eine Motion einreichen mit der Absicht, dem Landtag die Kompetenz zu erteilen, die Gebühren für Reisedokumente in der Zukunft selber festzulegen und auf Schweizer Niveau anzupassen. •

Jugend wohin – Was trägt in Zeiten von Corona-Pandemie und Klima-Krise?

Von Norbert Obermayr

Die Genration 60+ muss sich gefallen lassen, eine Welt mitaufgebaut oder zugelassen zu haben, die der Jugend den Glauben an eine gute Zukunft verbaut hat. Sie hat luziferische und ahrimanische Energien zugelassen oder gar gefördert. Weltweite Entwicklungen tragen die Gefahr einer Irreversibilität in sich. «Verschlafen» haben diese Entwicklung auch die Institutionen, die für Ethik und Schöpfungsglauben stehen.

Es werden auch
apokalyptische Zustände
beschworen

Was hat die Generation 60+ falsch gemacht?

Der Titel dieses Artikels ist vom 6. Gutenberg Ethik-Forum im September 2021 entliehen. Eine Veranstaltung, die bei Weitem nicht das Echo erfahren hat, das es «in diesen Zeiten» verdienen würde. Warum stellt man diese Fragen? Was hat die Generation 60+ falsch gemacht, dass es zu dieser Frage kommen kann?

Corona und Klima spalten unsere Gesellschaft

Der erste Teil der Frage «Jugend wohin» verlangt nach einem Weg. Der zweite Teil verlangt nach einer Lösung. Die Themen Corona und Klima belasten unsere Gesellschaften und haben eine Spaltung bewirkt. Ein «Dazwischen» ist de facto ausgelöscht. «Heilsversprechen» gibt es zahlreiche. Gleichzeitig werden aber auch apokalyptische Zustände beschworen. Kein Wunder, wenn dann die Orientierung verloren geht.

Die selektive Wahrnehmung
lässt nur zu, was in die
eigene Anschauung passt

Freie Entwicklung ist ein Recht der Jugend

Das eigentliche Dilemma liegt darin, dass die eine Gruppe die Empfehlungen der Impfkommisionen unreflektiert annimmt, und die andere Gruppe Fragen hat, die nicht beantwortet werden. Die selektive Wahrnehmung lässt nur mehr zu, das zu hören, was in die eigene Anschauung passt. Das «Recht der Jugend» ist u.a., sich zunächst frei von äusseren Zwängen entwickeln zu können. Neugier und Experimentieren ermöglichen wichtige Lernfelder. Das «Heilsversprechen» der Impfung ist verlockend; ob dies tatsächlich «trägt» und die Lösung ist, wird erst die Zukunft zeigen.

Corona und Transhumanismus: Zusammenhang?

Kann es sein, dass Corona «nur» das Vehikel ist, um andere Veränderungen vorzubereiten oder gar durchzuführen? Wer sich die Mühe macht und im Internet sucht, wird früher oder später zum Thema «Transhumanismus» kommen. «Homo deus?» (1). Die Grundfrage nach dem Wesen des Menschen wird in der «Moderne», unterstützt vom Fortschrittsparadigma, in den Hintergrund gedrängt. – In der westlichen Bildung spielt Ethik eine immer geringere Rolle und wird vom Versagen der christlichen Religionen begleitet. Die Befürworter eines Transhumanismus fordern immer mehr nach technischer Ausbildung und vernachlässigen sträflich die Bildung der Jugend.

«Chance, die tiefsten Fragen
nach dem Ich und dem
Sein neu zu stellen»

Gesellschaftlicher Kernprozess verschiebt sich

Die Erziehung wird um die Debatte, das Verhältnis Mensch und Technik auf der ethischen Ebene zu klären, nicht umhinkommen. «Das Zusammenwachsen von Mensch und Technologie (...) ist eine Chance, die tiefsten Fragen nach dem Ich, der Individualität, dem Menschen und dem Sein neu zu stellen – angesichts der Beobachtung, dass sich der

Gesellschaftlicher Kernpro-
zess verschiebt sich stärker
in Richtung Technologie

gesellschaftliche Kernprozess immer stärker von Politik und Wirtschaft in Richtung Technologie verschiebt. Damit kann eine inter- und transdisziplinäre Renaissance von Erziehungskunst und Menschenwissenschaft verbunden sein.» (2)

Fazit: Gesellschaftliche Veränderungen und auch der Klimawandel «passieren» nicht, sie werden vorbereitet und zugelassen. Beides geschieht so lange unbeachtet, bis Ereignisse – z.B. Unwetter – uns die Augen öffnen. Dann ist es meist

«Alle denken an sich,
nur ich denk an mich!»

bereits «kurz vor zwölf»! Dann eine Debatte anzustossen, kommt spät, wie wir am Beispiel der Klimakonferenzen sehen können. «Alle denken an sich, nur ich denk an mich!»

Ohne Blick auf das Ganze, ohne der Erkenntnis, dass die Schöpfung ein unteilbares Ganzes ist, wird es keine nachhaltigen Lösungen geben. Um die eingangs gestellte Frage zu beantworten: Es kann nur eine hohe Ethik sein! Und nur diese kann Freiheit und Grundrechte für alle Menschen gewährleisten. Dann kann es wieder eine unbeschwerte Zeit für die Jugend und frühe Adoleszenz geben. •

(1) Benedikter, R. (2017). Homo deus? Das Zusammenwirken von Mensch und Maschine. Konrad Adenauer Stiftung, Ausgabe 270 / (2) Ebenda, S. 10 / (3) Süddeutsche Zeitung, www.sueddeutsche.de/wissen/verbesserte-menschen-die-vielleicht-gefaehrlichste-idee-der-welt-1.1691220-0#seite-2

Eine Regierung vom und fürs Volk

Eine Regierung für die Menschen braucht zwingend eine Nähe zwischen Regierung und Volk. Jedes «Dazwischen» wirkt wie ein Isolator. Diese Anforderungen können durch eine Direktwahl der Regierungsmitglieder erreicht werden. Die Folge wäre eine agile Regierung, die auch die Nähe zum Volk sucht und deren Anliegen löst.

Woran erkennen Sie, dass Ihre Regierung für Sie da ist? Eigentlich ganz einfach: frei nach Martin Luther «dem Volk aufs Maul schauen». Zuerst müssen Lösungen auf die Fragen, was das Land braucht, gefunden und dann die Antworten zu den Fragen und Anliegen der Bevölkerung gegeben werden. Das impliziert eine grosse Nähe zwischen Regierung und Volk. Kann der Landtag da eine Vermittlerrolle spielen? In einem gewissen Ausmass ja. Aber die jüngste Vergangenheit hat gezeigt, dass dieser Rolle auch Grenzen gesetzt sind. Die Grossparteien und Institutionen haben das Mobilitätskonzept und speziell die S-Bahn befürwortet, und dennoch hat das Volk in der Abstimmung mit fast zwei Dritteln Mehrheit den Regierungsantrag abgelehnt. Und dann geht man zur Tagesordnung über, als wäre nichts geschehen, und legt das Thema zuerst auf Eis und überlässt es der nächsten Regierung.

«Es ist alles sehr schwer und kompliziert»

Es gibt viele Aufgaben, die in Liechtenstein zu lösen sind. «Es ist alles sehr schwer und kompliziert», hat einmal ein österreichischer Bundeskanzler gesagt. Die gleichen Worte könnten auch aus unserer Regierung kommen? Ist alles wirklich so schwer und kompliziert, oder werden die Projekte unzulänglich angegangen? Die Mobilitätslösung wird derzeit von einem parteiübergreifendem Gremium bearbeitet. Das ist grundsätzlich gut, beinhaltet aber noch lange nicht ein professionelles Projektmanagement. Vom Thema Energie und Klimawandel hört und sieht man wenig. Obwohl ein möglicher Blackout der Energiezufuhr tagtäglich wahrscheinlicher wird.

Das Volk wählt die Landtagsabgeordneten; die Parteien nominieren jeweils Kandidaten für ein Regierungsamt. Der Landesfürst ernennt offiziell die Regierungsmitglieder auf Vorschlag des Landtages. Ist damit auch gegeben, dass die neuen Regierungsmitglieder voll und ganz vom Volk, wenn schon nicht gewählt, so doch angenommen werden? Mitnichten, wie die Verhandlungen bei der letzten Regierungs-

Was würde sich ändern, wenn alle Regierungsmitglieder vom Volk gewählt würden?

bildung zeigen. Leider lassen auch die beiden Grossparteien die gespürte Nähe zum Volk vermissen. Es kommt dann zur Ernennung von Regierungsmitgliedern, was nur von einem Teil der Bevölkerung gutgeheissen wird. Plötzlich scheiden Personen aus, die einmal als Regierungschef-Nachfolger gehandelt wurden und dann nicht einmal ein Amt bekleiden dürfen. Dafür werden Regierungsräte, die eine Abstimmung verloren haben, mit dem höchsten Amt belohnt.

Regierung nicht unmittelbar dem Volk verpflichtet

Durch die Art der Wahl der Regierung ist diese nicht unmittelbar dem Volk verpflichtet, sondern in erster Linie dem Landtag. Dies trifft auch auf eine mögliche Abwahl zu. Die Rolle des Fürsten ist zwar de jure eine aktive, de facto aber eine akzeptierende. Was würde sich ändern, wenn alle Regierungsmitglieder durch das Volk gewählt würden? Der Fürst könnte dennoch sein Recht, einzelne gewählte Bürger nicht anzuerkennen, wahrnehmen. Wenn dies bereits im Vorfeld geschehen würde, könnte auch jeder Kollateralschaden vermieden werden: Jeder Kandidat kann, begründet vom Fürsten, von der Wahl ausgeschlossen werden.

Direktwahl würde Verhältnis Volk/Regierung stärken

Mit zwei Ausnahmen aus der jüngeren Vergangenheit kenne ich keinen Fall einer Abwahl. Dies wäre für jene Partei, die dem Amtsträger zugeordnet wird, eine herbe Niederlage,

Für eine starke und agile Regierung, die sich auf eine breite Basis stützen kann

die mit allen Mitteln verhindert wird. Damit muss das Volk die Regierungsmitglieder erleiden, wenn sie damit unzufrieden sind. Andererseits bestehen auch wenig Möglichkeiten, einzelne Regierungsmitglieder in deren positiver Arbeit zu stärken. Durch eine Direktwahl würde das Verhältnis zwischen Volk und Regierung wesentlich gestärkt werden, was letztlich beiden zugutekommen würde: Eine starke und agile Regierung, die sich auf eine breite Basis berufen kann, und ein Volk, das sich «erkannt» fühlt und dessen Bedürfnisse und Erfordernisse erfüllt sieht. • **Norbert Obermayr**

Gemeinde Eschen: Jahrzehntelanges (Zu-)warten

Jüngst hat sich ein Leserbriefschreiber öffentlich darüber beschwert, dass die Gemeinde Eschen auch mehr als 30 Jahre nach Abschluss der Baulandumlegung Halde bestimmte noch fehlende Strassenstücke (ca. 350 m von 3600 m) immer noch nicht erstellt hat. 2018 beschloss der Gemeinderat sogar, das fehlende Strassenstück der Langstrasse erst 2045 fertigzustellen. Das heisst, dass zwischen Abschluss der Baulandumlegung und Erschliessung 55 Jahre verstreichen würden. Dass es einem betroffenen Grundstückbesitzer dabei sprichwörtlich den «Hut glupft hät», ist nachzuvollziehen.

Gegen den Entscheid wehrte sich der Grundstückbesitzer bis vor den Verwaltungsgerichtshof. Dieser wies seine Beschwerde auf eine zeitnahe Erschliessung zwar ab, gab ihm aber in gewissen Punkten Recht. So hob der VGH den Entscheid der Gemeinde, die Langstrasse erst in 25 Jahren fertigzubauen, in der getroffenen Form auf mit der Begründung, dass man bei einem Überschuss von CHF 3,2 Mio. in der Jahresrechnung von 2019 nicht von fehlenden Geldmitteln sprechen könne. Auch dürfe die Gemeinde Eschen andere neue Strassenprojekte nur verwirklichen, wenn ein sachlicher Grund vorliege. Das heisst, der Beschwerdeführer wird der Gemeinde genau auf die Finger schauen.

Nach mehr als 35 (!) Jahren Kostenverteiler zugestellt

Der wirkliche Skandal aber ist, dass die Gemeinde Eschen in der Vergangenheit Baulandumlegungen gemacht und abgeschlossen hat, den Grundstückseigentümern jedoch nie etwas in Rechnung gestellt hat. Dies betrifft beispielsweise die Baulandumlegungen Britschen, Flux Grossfeld, Säga und Hunsrücken. Die Baulandumlegung Flux Grossfeld wurde beispielsweise im Jahr 1985 abgeschlossen. Erst vor wenigen

Tagen, d.h. nach mehr als 35 Jahren, wurden den betroffenen Grundstückseigentümern der Kostenverteiler über die Erschliessungskosten zugestellt. Dass Grundstückseigentümer, welche ein Grundstück oder Haus in dieser Zone in den letzten 30 Jahren gekauft haben, ob dieser Rechnung aus allen Wolken gefallen sind, versteht sich von selbst.

Allgemein gilt Verjährungsfrist von 30 Jahren

Rechtlich gesehen stellt sich die Frage, ob die Gemeinde Eschen die Erschliessungskosten nach mehr als 30 Jahren überhaupt noch eintreiben kann, denn allgemein gilt eine maximale Verjährungsfrist von 30 Jahren. Wenn sich die betroffenen Grundstückseigentümer weigern, die von der Gemeinde in Rechnung gestellten Bauland-Umlegungskosten zu begleichen, dann ist dies möglicherweise ihr gutes Recht.

Keiner will jetzt dafür verantwortlich sein

Es ist es deshalb allerhöchste Zeit, dass die gewählte Geschäftsprüfungskommission die beschriebenen Missstände untersucht und den für die Gemeinde Eschen entstandenen Schaden eruiert. Rein durch die zwischenzeitlich eingetretene Geldentwertung dürfte der Schaden für die Gemeinde in die Hunderttausende, wenn nicht sogar in die Millionen gehen. Ebenso interessiert, welche Vorsteher, Gemeindemitarbeiter und -räte der vergangenen Perioden für den entstandenen Schaden verantwortlich zeichnen und u.U. belangt werden könnten. Auf keinen Fall akzeptabel ist die gängige Formel, dass jeder ein bisschen, keiner aber so richtig verantwortlich gewesen sein soll. Hätte die Gemeinde nicht jahrzehntelang mit der Rechnungsstellung für die Baulandumlegungen zugewartet, müssten auch Grundstückbesitzer nicht jahrzehntelang warten, bis ihr Baugrundstück erschlossen ist. • **Erich Hasler**

Was ist an der Uni Liechtenstein los?

Das müsste man sich schon längstens fragen, nachdem innert kürzester Zeit zwei Rektoren entweder entlassen oder von selbst gegangen sind. Der jetzige Rektor Markus Jäger wurde im Vergleich zu den beiden Vorgängern klammheimlich zum Rektor ernannt. Er bekleidet neu die Funktion des Rektors und des Verwaltungsdirektors und kann im Vergleich zu den Vorgängern keine akademische Laufbahn vorweisen.

Neben den beiden Rektoren gab es weitere gewichtige Abgänge. Prof. Dr. Francesco Schurr, Inhaber des Lehrstuhls für Gesellschafts-, Stiftungs- und Trustrecht, verliess die Universität Richtung Innsbruck und hat jetzt nur noch eine Gastprofessur inne. Prof. Staub, zwischendurch Rektor ad interim der Universität und Leiter des Instituts für Architektur und Raumentwicklung, hat eine Stelle an der Berner Fachhochschule angenommen. Was von aussen als normaler Karriereprung angesehen wird, kann genauso als eine Flucht

nach vorne gesehen werden. Auf jeden Fall verwundert nicht, dass die beschriebenen Abgänge nur die Spitze des Eisbergs sind (siehe kleine Anfrage des DpL-Abgeordneten Thomas Rehak vom 3.11.2021).

Enorm hohe Fluktuationsrate wirft Fragen auf

Gemäss Regierung lag die Personalfluktuationsrate im Schnitt der letzten drei Jahre in der Uni-Verwaltung bei 15,5% und im wissenschaftlichen Bereich sogar bei 18,3%. Das heisst, dass in den letzten drei Jahren knapp die halbe Belegschaft ausgetauscht wurde (zurzeit 202 Beschäftigte). Diese Fluktuationsrate ist für ein staatliches Institut mit sehr guten Anstellungsbedingungen enorm hoch und weist auf grundsätzliche (Führungs-)probleme an der Uni Liechtenstein hin. Bekanntlich stinkt der Fisch ja immer vom Kopf.

Wie viele freiwillige und erzwungene Abgänge?

Dass es im Gefolge der Personalfluktuationsrate zu rechtlichen Auseinandersetzungen gekommen ist, verwundert niemanden. Nicht bekannt ist, wie viele der Abgänge freiwillig und wie viele erzwungen waren. So stieg der Aufwand für Rechtsberatung von null Franken im Jahr 2018/2019 auf CHF 14'000.– im Jahr 2020 und dann auf CHF 30'000.–

Jahr	Verwaltung	Wissenschaftlicher Bereich	Total
2019	20	16	36
2020	8	14	22
2021	16	21	37
Total	44	51	95

Zahlen der Austritte aus der Uni Liechtenstein

kontinuierlich an. Nicht eingerechnet sind dabei die Kosten für Abfindungen oder nötige Lohnfortzahlungen. Wie so oft werden lamentable Zustände von den Betroffenen zuerst

einmal schöngeredet. So auch im vorliegenden Fall, wo die auffällig hohe Personalfuktuation mit den laufenden Transformations- und Professionalisierungsprozessen begründet wird.

Natürlich eine zu einfache Erklärung

Dies sei der Grund, warum die Personalaufwandsquote bei der Uni Liechtenstein über die letzten fünf Jahre von 62 auf nun knapp 70 Prozent gestiegen sei. Dies ist aber natürlich eine zu einfache Erklärung für diese Zustände. • **Erich Hasler**

Corona: Vorsicht ist die Mutter der Porzellankiste

Von Herbert Elkuch

Die meisten mögen das Wort «Corona» schon gar nicht mehr hören, aber man wird immer wieder damit konfrontiert. Obwohl viele geimpft sind, stiegen die Zahlen seit Anfang November wieder steil an. Dies zeigt: Impfen allein genügt nicht, es braucht eine Kombination von Massnahmen.

Das prioritäre Ziel muss sein, die Übertragungswege möglichst zu unterbinden. Auch Geimpfte sind bei der Übertragung beteiligt. Deshalb sollten für Massnahmen zur Reduzierung der Übertragung sich alle beteiligen. Wenn Massnahmen wie Abstand halten, Masken tragen, Hygiene, Luftfeuchtigkeit, Verringern von Kontakten und Lüften die Zahl der Ansteckungen nicht rasch senken, ist eine Zunahme schwerer Erkrankungen und Todesfälle zu befürchten.

Auch Geimpfte geben das Virus weiter

Eine neue Studie zeigt: Geimpfte sind vor dem Virus sehr gut geschützt – es zirkuliert aber auch unter ihnen (1). Dabei zeigte sich bei Familien: Auch wenn die Familienmitglieder zum Teil keinerlei Symptome hatten, zirkuliert das Virus munter weiter. Wer geimpft ist, steckt sich weniger oft an – mit 25 Prozent Wahrscheinlichkeit. Wer nicht geimpft ist, muss mit einer 38-prozentigen Wahrscheinlichkeit rechnen, das Virus zu bekommen, wenn es von jemandem in den Haushalt gebracht worden ist. Dabei ist es aber egal, ob die erste Person, die das Virus in die Familie bringt, geimpft ist oder nicht – die Ansteckungsrate der anderen bleibt in etwa gleich. Und auch die Virenlast im Rachen steigt am Anfang bei allen genau gleich – egal, ob geimpft oder nicht (2).

Lüften verdünnt die Virenmenge in Räumen

In geschlossenen Räumen kommt es rasch zu einer Aufkonzentrierung der Virenmenge. Grössere Räume müssen mittels Stosslüftung regelrecht gespült werden. Ein Super-

spreader – egal ob symptomatisch oder asymptomatisch – kann 100 Milliarden Viren pro Milliliter in sich tragen und 637'000 Kopien pro Kubikmeter Atemluft ausstossen. In einem Raum der Grösse 4 m x 5 m x 2,5 m Höhe und bei

Ein Superspreader kann 100 Milliarden Viren pro Milliliter in sich tragen

normalem Atmen sind schon nach rund einer Stunde mehr als tausend Virenkopien pro Kubikmeter Raumluft enthalten. Hustet der Infizierte, steigt die Belastung auf mehr als sieben Millionen Viren pro Kubikmeter. Auf den Alltag übertragen bedeuten diese Resultate: Es besteht ein Infektionsrisiko, wenn man sich mehr als wenige Minuten in diesem Raum zusammen mit einer infizierten Person mit hoher Virenlast aufhält (3).

Wie oft soll gelüftet werden?

Die Berufsgenossenschaft Holz und Metall empfiehlt in Corona-Zeiten in Büro-, Veranstaltungs- und Seminarräumen alle 20 Minuten für mindestens 3 bis 10 Minuten zu lüften – bei kalten Aussentemperaturen im Winter können 3 Minuten ausreichen, während im Sommer bei höheren Aussentemperaturen erst nach 10 Minuten der gleiche Luftaustausch erreicht wird (www.bgn.de/lueftungsrechner/) (4). Der Onlinerechner der Berufsgenossenschaft Nahrungsmittel und Gastgewerbe gibt die Lüftungsintervalle bei unterschiedlichen Raumvolumina an, zum Beispiel Raumvolumen 40 m³, 2 Personen, Lüftungsintervall: 29 Minuten.

CO₂-Messgeräte helfen das Risiko zu vermindern

Gemeinhin gilt die CO₂-Konzentration als Anhaltspunkt für gutes Lüften. Steigt der CO₂-Gehalt in der Raumluft, sieht

man es inzwischen als erwiesen an, dass die Virenbelastung ebenfalls steigt. CO₂-Messgeräte schlagen Alarm, wenn der CO₂-Gehalt zu hoch ist. Dann soll jeweils sofort gelüftet werden (5).

Tiefe Luftfeuchtigkeit erhöht Übertragungsrisiko

Die Anhebung der im Winter tiefen Luftfeuchtigkeit in Räumen ist ein kostengünstiges und wirksames Instrument zur Reduktion des Ausbreitungsrisikos. Eine Anhebung der Luftfeuchtigkeit auf 50% reduziert das Übertragungsrisiko erheblich.

Feuchte Luft verbessert die Abwehrsituation der Atemwege und das Immunsystem

Bei nur 20% Luftfeuchte können Viren mehrere Tage überleben. Befeuchtete Luft verbessert die Abwehrsituation der Atemwege bei gesunden Personen durch eine effizientere Reinigung der Atemwege und verbesserte Immunabwehr (6). Ausserdem trocknen auch die Schleimhäute in unseren Atemwegen bei geringer Luftfeuchte stärker aus und verlieren dadurch an Abwehrkraft gegenüber Viren (7).

Wenig beachtetes Einfallstor: die Augen

Wenn jemand anghustet wird, landen die Tröpfchen ja nicht nur in der Nase, sondern auch in den Augen. Die Tränenkanäle spülen das Virus dann direkt an die Stelle im Nasen-Rachen-Raum, an der sich die Viren vervielfältigen. Dagegen hilft eine gut sitzende Schutzbrille mit zusätzlichem Seitenschutz.

Abstand ist der wirksamste Schutz

Der wirksamste Schutz vor einer Infektion bleibt aber auch mit Schutzmaske und Schutzbrille: Abstand halten! Nicht umsonst hat RKI-Präsident Lothar Wieler gesagt: «Das Schlimmste, was passieren kann, [ist,] wenn man sich mit einer Maske in Sicherheit wiegt.»

Starkes Immunsystem genügt nicht, aber hilft

Ob man sich mit dem Coronavirus infiziert oder nicht, hängt nicht davon ab, ob man ein funktionierendes oder ein geschwächtes Immunsystem hat, sondern davon, ob man Virus-Aerosole einatmet oder nicht. Wer Virus-Aerosole einatmet, ist infiziert und dadurch auch potenziell ansteckend.

Wer Virus-Aerosole einatmet, ist infiziert und dadurch auch potenziell ansteckend

Ein funktionierendes Immunsystem ist natürlich besser als ein geschwächtes Immunsystem und ausgewogene Ernährung, frische Luft und genügend Schlaf ist immer eine gute Idee. Masken, Abstand halten und die Hygieneregeln sind ergänzend sinnvoll – egal, wie das eigene Immunsystem funktioniert. Um diesem Virus, das – wie sich in den letzten

anderthalb Jahren zeigte – kommt und geht, die Angriffsfläche zu verkleinern, ist ein gemeinsames Vorgehen anzustreben. Statt Spalten sollte in unserem kleinen Land der Weg des Miteinanders gesucht werden. Ob Demonstrant, Geimpfter oder Ungeimpfter, alle möchten den Schaden klein halten. Dazu braucht es beiderseits Einfühlungsvermögen, Akzeptanz und Respekt vor dem Gegenüber. •

Quellenangaben

- (1) Christian von Burg, Schweizer Radio und Fernsehen
- (2) <https://www.srf.ch/news/international/impfstudie-fuer-grossbritannien-auch-geimpfte-geben-das-virus-weiter>
- (3) <https://www.scinexx.de/news/medizin/corona-wie-hoch-ist-die-ansteckungsgefahr-durch-aerosole/> (6.11.2021)
- (4) https://www.bghm.de/fileadmin/user_upload/Coronavirus/Coronavirus-BGHM-Zusatzinformationen-Lueftungsverhalten.pdf (6.11.2021)
- (5) <https://www.uksachsen.de/informationen-service/projekte/lueften-gegen-corona>
- (6) <https://www.condair.at/fachartikel/ausbreitungsrisiko-von-coronavirus>
- (7) <https://www.lungenaerzte-im-netz.de/news-archiv/meldung/article/corona-infektionsgefahr-in-innenraeumen-durch-verbesserte-lueftungs-und-luftreinigungstechnik-senk/>

Energie- und Klimawende: Was bedeutet das für Liechtenstein?

Wir «löschen den Brandherd Klimawandel» mit einer Spielzeuggiesskanne, tun aber so, als hätten wir Löschflugzeuge. Die Massnahmen, die heute von den «Experten» verbreitet werden und in jeder Zeitung stehen, verschweigen viel. Worauf müssen wir uns wirklich einstellen? Es ist höchste Zeit, dieses Thema ganzheitlich und global zu betrachten.

Kein anderes Thema wie «Klimawandel» beschäftigt die Welt derzeit so sehr und so unmittelbar. Klimawandel ist direkt proportional mit dem Energieverbrauch und der Art der Energiegewinnung verbunden. Fossile Brennstoffe im Mobilitätsbereich werden verboten: Es gilt, den CO₂-Ausstoss zu reduzieren. «Reiner CO₂-Ausstoss rettet nicht unsere Erde (1)»! Aber er kann einen wesentlichen Beitrag leisten, vor allem dann, wenn der gesamte CO₂-Ausstoss miteinbezogen wird. Wie die Klimakonferenz in Glasgow zeigt, werden nach wie vor Kohlekraftwerke gebaut, und ein gänzlicher Ausstieg ist erst in 30 Jahren zu erwarten. Ob die Klimaentwicklung auch warten wird?

Zwei grundsätzliche Bereiche unterscheiden

Was sind die Folgen eines Ersatzes von fossilen Brennstoffen durch Elektroenergie? Zwei grundsätzliche Bereiche sind dabei zu unterscheiden:

- **Wie wird Elektroenergie erzeugt, und was sind die Folgen, gesamthaft gesehen?**
- **Gibt es bedeutende Nebeneffekte, die mit diesem Ausstieg verbunden sind?**

Die Erzeugung von Elektroenergie

Photovoltaik und Windenergie sind «die Retter» für den zukünftigen Strombedarf. Dabei werden weder die ökonomischen und schon gar nicht die ökologischen Problemfelder ganzheitlich betrachtet. Was bedeutet es, wenn in den Energiezentralen nicht mehr 100 (Symbolzahl), sondern 100'000 Energiequellen gesteuert werden müssen – und das noch erschwert durch die Tatsache, dass Energieangebot und Energiebedarf teilweise stark auseinanderliegen. Strom ist schwer und vor allem sehr begrenzt speicherbar.

Viele Produkte werden sich massiv verteuern

Woher kommen die zig-tausend Tonnen Kupfer, die für die neuen Stromzuleitungen benötigt werden? Was wird bezüglich Kupferpreis passieren, und welche anderen Produkte werden davon betroffen sein? Die Wahrscheinlichkeit, dass sich damit viele Produkte, die nicht unmittelbar mit der Energieerzeugung zusammenhängen, wesentlich verteuern werden, grenzt an absolute Sicherheit. Das Problem einer Lichtverschmutzung durch reflektierende Sonnenstrahlen in den Photovoltaikanlagen wird gänzlich verschwiegen.

Andere Nebeneffekte drohen

Sehr viele Produkte basieren mittel- und unmittelbar auf Erdölbasis. Die Förderungskosten für Rohöl inklusive Transport betragen 1'000'000 Geldeinheiten (Symbolbetrag). Entfallen aber die Lieferungen für die Treibstoffe, dann reduzieren sich die Gewinnungskosten nicht um den gleichen Anteil, sondern werden mengenmässig durch die Fixkostenbetrachtung

Die höheren Rohstoffpreise verteuern direkt die Produkte

deutlich höher. Diese höheren Rohstoffpreise wirken sich dann direkt auf die Produkte aus, die davon primär, aber auch sekundär betroffen sind. Die Folge ist eine wesentliche Verteuerung vieler Produkte; damit müssen wir rechnen, auch wenn dies noch nie von offizieller Stelle gesagt wurde. Hier wird einmal mehr deutlich, dass wir in einer globalen Welt leben, und dass alle (vor allem alle Industrieländer inkl. BRICS-Länder) die gleichen Standards haben müssen, weil es sonst zu einer gewaltigen Verschiebung der Wirtschaftsleistungen kommen wird.

Regenwälder sind beachtlicher Wirtschaftsfaktor

Auch wenn die Energie wesentlich zur Klimaerwärmung beiträgt, so müssen dennoch andere Bereiche verstärkt in die Betrachtung einbezogen werden. Dazu zählt ganz entscheidend die Landwirtschaft, weltweit betrachtet, die Luft- und Wasserverschmutzung, der Landverbrauch, die Bevölkerungsentwicklung und nicht zu unterschätzen die Regenwälder. Letztere sind ein immer mehr zu beachtender Wirtschaftsfaktor: Sie produzieren Sauerstoff und benötigen das CO₂. Einen besseren Verbündeten kann man sich gar nicht wünschen. Aber unser Bedarf an landwirtschaftlichen Produkten aus diesen Regionen lässt die Bewohner dort den Wald abholzen. Nicht diese Menschen, wir sind der Verursacher. Das wäre einmal zu bedenken.

Es wird derzeit gebaut, als gäbe es kein Morgen

Zwei Ansatzpunkte sehe ich für Liechtenstein: Da ist einmal die nicht genutzte Ressource Wasserkraft durch ein Rheinkraftwerk, und dann kommt der Bodenverbrauch in den Fokus. Es wird derzeit gebaut, als gäbe es kein Morgen. Wir haben hierzulande eine kleinstrukturierte Landwirtschaft; diese muss – auch als systemrelevanter Faktor – unbedingt erhalten werden. • **Norbert Obermayr**

(1) Bhushan, R. (2021). Reiner CO₂-Ausstoss rettet nicht unsere Erde. In: Wirtschaftsnachrichten 10/2021 Seite 83 ff.

Seit 10 Jahren kein AHV-Teuerungsausgleich

Die letzte teuerungsbedingte Rentenanpassung erfolgte 2011. Die Rentenbeträge wurden danach durch den Landtag an den so genannten Konsumentenpreisindex gekoppelt. Vorher wurde wie in der Schweiz der Mischindex angewendet. Dieser entspricht dem Durchschnitt von Lohn- und Preisindex. In der Schweiz wurden unter Anwendung des Mischindex die Renten seit 2011 viermal erhöht.

Um die Einkommensverhältnisse für Rentner in Liechtenstein etwas zu verbessern, brachte die DpL im vergangenen Sommer eine Gesetzesinitiative ein, mit der der Staat die Franchise in der Höhe von 500 Franken für Rentner übernehmen hätte sollen. Minister Manuel Frick und auch einzelne Vertreter des Seniorenbundes sprachen sich dagegen aus. In der Folge stimmten nur 10 Abgeordnete unserer Initiative zu, nötig wären 13 Stimmen gewesen. Mit unserer Initiative hätten Rentner mit einer Teilrente genau gleich viel profitiert wie solche mit einer vollen AHV-Rente. Die Krankenkasse wäre nicht belastet worden, da die Franchise für Rentner vom Staat bezahlt worden wäre. Möglicherweise wäre dadurch die Krankenkassenprämie marginal günstiger geworden.

Eine halbe Rente reicht oft nicht aus

Zirka 50% der Rentner haben keine Pensionskasse und sind somit auf die AHV angewiesen. Eine halbe Rente von 1130 Franken reicht oft nicht für den Lebensunterhalt. Leute, die meist ein Leben lang gearbeitet haben, müssen den Gang

Oft folgt der schwere Gang zum Sozialamt

zum Sozialamt antreten. Das ist für die ältere Generation ein schwerer Schritt. Ein Teil der Rentner besitzt ein Haus, ist deshalb vermögend und nicht berechtigt, Sozialgelder zu beziehen. Das Haus zu verkaufen, ist für viele nicht vorstellbar. Früher wurde gesagt, mit der AHV ist ein Grundeinkommen gesichert. Nun hoffen viele, dass nach 10 Jahren wieder einmal eine Anpassung an die gestiegenen Lebenshaltungskosten gemacht wird. Neid, dass die „reichen Rentner“ auch

in den Genuss einer Teuerungszulage kommen, ist fehl am Platz. Die „reichen Rentner“ haben in der Regel überdurchschnittlich viel in die AHV eingezahlt und bezahlen auch heute in ihrer Pension teils beachtliche Steuern. Auch mit einem AHV-Teuerungsausgleich findet nach wie vor eine sehr grosse Umverteilung von „reich zu arm“ statt.

Verträgt die AHV diese Mehrausgabe?

Die nächste Frage ist, verträgt die AHV diese Mehrausgabe für einen Teuerungszuschlag, ohne dass damit ihre Stabilität ins Wanken gerät. Diese Frage kann klar und eindeutig beantwortet werden. Gemäss dem diesjährigen Gutachten

AHV kann geringfügig höhere Rentenzahlungen stemmen

kann die AHV geringfügig höhere Rentenzahlungen stemmen, ohne dass deswegen gleich eine Beitragserhöhung notwendig wäre.

Mindestrente könnte noch 3% höher sein...

Wieviel wäre die AHV-Rente von 2011 bis heute gestiegen bei einer Weiterverwendung des früheren Mischindex? Hätte der liechtensteinische Gesetzgeber auch nach 2011 die Bezugnahme auf den schweizerischen Mischindex beibehalten, so läge die Mindestrente heute anstatt bei CHF 1160.– bei CHF 1195.– bzw. wäre die Mindestrente 3,0% höher. In der Schweiz stiegen die Renten im gleichen Zeitraum um 4,82%.

Staat will nur wenig zurückgeben

Der Mischindex für den Teuerungsausgleich wurde wie vieles andere, z.B. Schülerabos, Erhöhung der Franchise für Rentner, Erhöhung der Preise für Pässe usw. im Zuge der Sanierung des Staatshaushaltes abgeschafft. Heute geht es dem Staat blendend, aber zurückgeben will er wenig. Das ist eine kurzsichtige Politik, die sich rächen wird, wenn die nächste Krise wieder zu Sparmassnahmen zwingt. So schnell vergessen die Leute hoffentlich nicht.

Mischindex zur Bestimmung der Teuerungszulage

Die DpL wird demnächst einen parlamentarischen Vorstoss einreichen mit dem Ziel, den Mischindex zur Bestimmung der Teuerungszulage wieder einzuführen, damit Rentner nicht länger von der realen Preisentwicklung und dadurch höheren Lebenskosten abgehängt sind. Dazu muss die bestehende Gesetzeslage geändert werden, grosso modo auf den Stand vor 2010. Damit wird die Regierung gezwungen, die Renten à jour zu halten.

Wiedereinführung einer Teuerungsanpassung

Eine generelle Erhöhung der Renten kann der Landtag durch Gesetzesänderung unabhängig von der Teuerung beschliessen. Unsere Initiative wird eine Rentenerhöhung nicht direkt ansprechen, sondern die Wiedereinführung einer Teuerungsanpassung, die den Lebenshaltungskosten folgt. Auch der FBP-Abgeordnete Johannes Kaiser sieht Handlungsbedarf. Die VU lancierte ein Postulat mit einem ganzen Paket an Fragen zur Altersversorgung. Das Thema Altersversor-

gung ist also auch bei den anderen Parteien angekommen. Mit der Abschaffung der Franchise für Rentner waren wir der Zeit voraus.

Wir hoffen, mit der Initiative durchzukommen

Wir hoffen, dass wir mit unserem parlamentarischen Vorstoss, es wird eine Initiative sein, die Mehrheit der Abgeordneten überzeugen können. 2 Stimmen haben wir auf sicher, für die restlichen 11 notwendigen Stimmen sind wir auf die anderen Parteien angewiesen. Wenn alles wie am Schnürchen läuft, könnte es möglich sein, dass im Jahr 2023 unsere Rentner endlich in den Genuss der lang ersehnten und verdienten Teuerungszulage kommen. • **Herbert Elkuch**

Staatliche Personalpolitik:

Schleichende «Austrifizierung»

Martin Alge, AT, während 12 Jahren bei der LLB und zuletzt drei Jahre bei der Volksbank Vorarlberg, wurde am 13.7.2021 von der Regierung als neuer Leiter des Amts für Justiz bestimmt.

Insgesamt gab es 11 Bewerbungen für diese Stelle (5 AT, 3 FL, 2 DE und 1 DE/CH). An den Bewerbungen erkennt man, dass Stellen in der FL-Landesverwaltung bei Ausländern sehr begehrt sind. In Liechtenstein mit dem niedrigsten Steuersatz (150% Gemeindesteuern!) besteuert zu werden und im EU-Ausland das Geld ausgeben zu dürfen, kommt einem Lotto-Sechser gleich. Für Schweizer hingegen scheint auch eine Führungsstelle bei der Landesverwaltung – aus welchen Gründen auch immer – wenig attraktiv zu sein.

Finanzplatzspezifisches Fachwissen verlangt

Verlangt waren für die Amtsleiterstelle Fähigkeiten in der Führung, Organisation und Projektleitung sowie neuerdings auch finanzplatzspezifisches Fachwissen. Herr Alge wurde aufgrund eines externen Assessments (Bewertung) ausgewählt (Kosten: CHF 9500.–). Externe Assessments werden bei der Besetzung von Führungspositionen immer durchgeführt, damit die Damen und Herren Regierungsräte selbst keine Verantwortung übernehmen müssen und nach aussen alles «astrein» ausschaut. Dabei müsste man aber wissen, welche Kandidaten einem Assessment unterworfen werden. Mit der geeigneten Auswahl der Kandidaten kann das gewünschte Ergebnis nämlich immer produziert werden. Auch ergibt ein Assessment nicht immer ein eindeutiges Resultat und man muss sich auch nicht daran halten.

Amt für Justiz fest in Vorarlberger Hand

Welche Rolle die (Vor-)bekanntschaft des Herrn Alge mit Regierungsrätin Frau Graziella Marok-Wachter gespielt haben mag, bleibt verborgen. Auf jeden Fall war Herr Alge während seiner Zeit bei der Landesbank ein enger Mitarbeiter von ihr. Das Amt für Justiz ist nun auf jeden Fall fest in Vorarlberger Hand (Leitung und Stellvertretung). • **Erich Hasler**